Mitteilungsvorlage, DS-Nr. 2021/0416

öffentlich

Beratungsfolge	Sitzung am:	Ja	Nein	Enth.
Ausschuss für Soziales, Senior*innen und Inklusion	16.03.2021			

Betreff: Obdachbericht 2020

Mitteilungstext:

Die Verwaltung berichtet dem Ausschuss für Soziales, Senior*innen und Inklusion nachstehend über die Entwicklungen im Bereich der Obdachlosigkeit in Troisdorf im Jahr 2020.

Allgemeines

Die Stadt Troisdorf unterhält derzeit fünf Unterkünfte, in denen unfreiwillig obdachlose Menschen untergebracht werden. Es handelt sich um folgende Standorte, mit einer (theoretischen) Gesamtkapazität für 107 Menschen:

1. Aggerstr. 24 (Zwei Wohnungen mit je 3 Zimmern sowie eine Dachgeschosswohnung mit 3 Zimmern, je nach Belegung mit Gemeinschaftsküche und -bad)
2. Aggerstr. 26 (Zwei Wohnungen mit je 3 Zimmern, je nach Belegung mit Gemeinschaftsküche und -bad)
3. Bonner Str. 58 (7 Zimmer, Gemeinschaftsküche und -bäder)
4. Godesberger Str. 3-5 (11 Zimmer, in jedem Haus Gemeinschaftsküche und -bad)
5. Graf-Galen-Str. 17 (zwei 4 Zimmer- und zwei 3 Zimmerwohnungen, in jeder Wohnung je nach Belegung Gemeinschaftsküche und -bad, sowie 4 Zimmer im Dachgeschoß mit eigener Kochmöglichkeit im Zimmer und Gemeinschaftsbad)

Die Zimmer in den Unterkünften haben unterschiedliche Größen, so dass entsprechend der unterzubringenden Anzahl der Personen reagiert werden kann. Eine Einzelunterbringung von alleinstehenden Personen ist nicht vorgesehen und erfolgt nur in begründeten Ausnahmefällen. Alleinstehende werden jedoch nicht gemischtgeschlechtlich in einem Zimmer untergebracht. In der Praxis zeigt sich, dass es in der Regel möglich ist Männer und Frauen - räumlich getrennt - in einer Unterkunft unterzubringen. Familien mit Kindern werden immer zusammen untergebracht, Familienverbände nach Möglichkeit ebenfalls.

In der Godesberger Str. 3-5 werden ausschließlich alleinstehende Männer versorgt. Vor Ort sind drei Mitarbeiter des *SKM - Katholischer Verein für soziale Dienste im Rhein-Sieg-Kreis e. V.* (SKM) tätig. Es handelt sich derzeit um zwei

Sozialarbeiterinnen, die den Bewohnern beratend und unterstützend zur Verfügung stehen, sowie einen Hausmeister/ Betreuungshelfer.

Die Bewohner der anderen vier Unterkünfte werden durch einen Sozialarbeiter, verortet im Sachgebiet Wohnungswesen, betreut. Neben einer „klassischen“ Sozialberatung, zum Beispiel um Leistungen bei Jobcenter, Sozialamt o. A. zu beantragen, wird versucht, Bewohner im Bedarfsfall an andere unterstützende Dienste und Institutionen anzubinden. Beispielfhaft seien das *Sozialpsychiatrische Zentrum* (SPZ) der *Diakonie* in Troisdorf, betreute Wohnformen freier Träger oder Angebote des SKM genannt. Für Fragen und Angelegenheiten „Rund ums Haus“ stehen die Hausmeister als Ansprechpartner zur Verfügung.

Ende des Jahres 2020 wurde das öffentlich geförderte Objekt in der Poststr./ Sieglarer Str./ Ohmstr. (Ohmgärten) fertiggestellt. Aus städtischen Obdachern konnten eine alleinerziehende Mutter mit zwei Kindern (12 und 15 Jahre alt) und eine männliche Einzelperson vermittelt werden.

Kooperationen mit dem SKM

Eine wichtige Säule bei der Beratung von Wohnungsnotfällen und, im Fall des Scheiterns der präventiven Ansätze, bei der Unterbringung in einer Notunterkunft sind die folgenden Angebote und Dienste in Kooperation mit dem SKM:

- Bei der *Zentralen Fachstelle Wohnungsnotfallhilfe* im Rhein-Sieg-Kreis handelt es sich um ein vornehmlich präventives Angebot mit dem Ziel, Wohnungsverluste zu verhindern. Die Mitarbeiter erhalten die bei der Stadt Troisdorf eingehenden Räumungsklagen und versuchen Kontakt zu den Betroffenen aufzunehmen.
- Der Fachdienst *Keine Kinder im Obdach* berät und begleitet Familien mit Kindern, denen ein Wohnungsverlust droht oder die als Wohnungsnotfall eingestuft werden können.
- Mit der *Betreuung und Beratung von alleinstehenden Männern in der städtischen Notunterkunft Godesberger Str. 3-5* wird zum einen ein, mehrheitlich problembelasteter, Personenkreis ordnungsbehördlich versorgt. Zudem wird durch die vor Ort tätigen Sozialarbeiter*innen versucht, die Lebenssituation der Menschen zu strukturieren und andere Unterbringungs-Perspektiven mit den Bewohnern zu erarbeiten.
- Die *Notschlafstelle des Rhein-Sieg-Kreises* („Don-Bosco-Haus“) ist eine kurzfristige Übernachtungsmöglichkeit im Notfall für obdachlose Männer und Frauen.

Neben den Kooperationsangeboten kann die Unterstützung der *Fachberatungsstelle für Wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Personen* in Siegburg auch von Bürger*innen aus Troisdorf in Anspruch genommen werden. Wohnungslose Menschen haben hier beispielsweise die Möglichkeit eine Post erreichbarkeitsadresse einzurichten, an die zuverlässig Post zugestellt werden kann. Ohne eine postalische Erreichbarkeit ist es Wohnungslosen nahezu unmöglich elementare Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen, wie die Beantragung von Sozialleistungen oder die Eröffnung eines Basis-Kontos. Zudem kann der SKM in Einzelfällen kurzfristig und unbürokratisch mit Sach- oder Geldmitteln intervenieren und größere Krisen für Menschen, wie die drohende Kündigung des Mietvertrages, verhindern. Für genauere Zahlen zu den einzelnen Diensten sei auf den Jahresbericht des SKM verwiesen.

Zahlen zur Belegungssituation

Die Belegung der Unterkünfte im Bereich Obdach ist in den letzten Jahren relativ konstant geblieben. Der Anstieg zum 30. Juni 2020 ist damit zu erklären, dass für die *Erhebung zur Wohnungsnotfallberichterstattung 2020* des *Statistischen Landesamtes* erstmals anerkannte Flüchtlinge, die weiterhin in städtischen Unterkünften leben, dem Personenkreis der unfreiwillig obdachlosen Personen hinzugerechnet wurden.

Nachfolgend ein Überblick der Belegungssituation jeweils zum 30. Juni, erstellt für die jährliche *Erhebung zur Wohnungsnotfallberichterstattung* des *Statistischen Landesamtes*, sowie zum Stichtag 28. Januar 2021:

	2016	2017	2018	2019	30.06.2020	01/2021
Personen	68	81	83	72	267	229
Haushalte	56	67	61	54	122	105

Da die individuellen Bedarfe der Personengruppen sowie Problemlagen und Lebensentwürfe der (anerkannten) Flüchtlinge und Obdachlosen häufig deutlich voneinander abweichen, werden Asylbewerber*innen und anerkannte Flüchtlinge im Regelfall weiterhin nicht gemeinsam mit Obdachlosen untergebracht. Werden die Personengruppen nach Unterkünften differenziert, ergeben sich folgende Zahlen:

	Unterkünfte für Obdachlose	Unterkünfte für Obdachlose mit Fluchthintergrund
Personen	55	174
Haushalte	41	64

Aktuelle Belegungssituation Unterkünfte Obdachlose

Im Bereich Obdach werden überwiegend alleinstehende Personen ordnungsbehördlich versorgt, gefolgt von Paaren ohne Kind:

Alleinstehende Männer	24	Alleinstehende Frauen	9
Paare ohne Kind	5		

Zudem leben 2 Ehepaare mit zusammen 6 Kindern (4 und 2 Kinder) und 1 alleinerziehende Mutter mit 1 jugendlichen Tochter in städtischen Unterkünften für Obdachlose.

Betrachtet man die Verteilung nach Geschlecht inklusive der Kinder und Jugendlichen, bewohnen derzeit 33 Personen männlichen und 22 Personen weiblichen Geschlechts die städtischen Unterkünfte.

Bei der Verteilung der Altersstruktur ergibt sich folgendes Bild:

	Unter 18	18 bis unter 21	21 bis unter 25	25 bis unter 30	30 bis unter 50	50 bis unter 65	65 +
Anzahl	7	2	1	3	20	16	6

Abschließend die Verweildauer der untergebrachten Menschen in städtischen Notunterkünften:

	Haushalte	Personen
Bis zu 3 Monaten	1	1
Über 3 und bis zu 6 Monaten	4	4
Über 6 Monate und bis zu 2 Jahren	18	22
Länger als 2 Jahre	18	28

(Im Berichtszeitraum neugeborene Kinder oder hinzugezogene Ehegatten wurden dem bereits vorhandenen Haushalt zugerechnet.)

Mit Blick auf die Perspektive der versorgten Obdachlosen zeigt sich, dass beim Gros der Untergebrachten bereits bei Unterbringung in einem Obdach eine Problemsituation vorlag, die als ursächlich für den Wohnungsverlust und das Nichtzustandekommen eines anderen Mietverhältnisses angesehen werden kann. Gelingt es nicht, diese Menschen nach der Unterbringung in einer Unterkunft für Obdachlose relativ kurzfristig in ein anderes Hilfesystem zu integrieren - beispielsweise die Einrichtung einer gesetzlichen Betreuung, die Sicherstellung eines Einkommens, die Behandlung psychischer oder Abhängigkeitserkrankungen, die Klärung der Schuldsituation - ist eine Vermittlung in Normalwohnraum aufgrund der sich weiter verfestigenden Problemsituation perspektivisch nahezu unmöglich.

Ebenso leben in den Unterkünften Menschen, die aufgrund ihrer individuellen Problemlage aus Sicht des Berichtenden weder in Normalwohnraum noch in Hilfsangebote vermittelbar sind, da sie sich nicht auf andere Unterstützungssysteme einlassen oder Mindestvoraussetzungen nicht erfüllen können. Für diese Menschen wird das Obdach langfristig das Zuhause bleiben.

Allgemeines – Obdachlose mit Fluchthintergrund

Für die Versorgung von Flüchtlingen insgesamt (sowohl noch im Verfahren befindliche, als auch anerkannte Flüchtlinge) hält die Stadt Troisdorf zum Berichtszeitpunkt 26 Unterkünfte für (theoretisch) 513 Menschen vor. Die Unterbringung erfolgt in gemeinschaftlich zu nutzenden Raumsystemen in Modulbauweise (2) und städtischen Unterkünften (5), städtischen oder angemieteten Mehrfamilienhäusern und Wohnungen (19), die gemeinschaftlich aber auch einzeln von Familienverbänden genutzt werden.

Aktuelle Belegungssituation städtische Unterkünfte für Obdachlose mit Fluchthintergrund

Die in Gemeinschaftsunterkünften und angemieteten Wohnungen untergebrachten geflüchteten Menschen sind dem Sozialarbeiter „Obdach“, anders als die obdachlosen Menschen, nicht persönlich bekannt, sondern werden (weiterhin) von den Sozialarbeiter*innen des Bereichs „Unterbringung und Betreuung Flüchtlinge“ betreut, die die Menschen bereits länger auf dem Weg der Integration begleiten. Die statistische Erfassung der Daten erfolgt anhand von Rückmeldungen des Sachgebiets Migration und Integration über Rechtskreiswechsel.

Teilweise befinden sich einzelne Personen eines Verbundes noch im Asylverfahren und sind somit nicht als anerkannte Flüchtlinge zu erfassen, bleiben aber natürlich im Lebensalltag Erziehungsberechtigte oder Partner. Die folgenden Daten geben somit nicht die tatsächliche Belegungssituation des Bereichs Unterbringung Flüchtlinge wieder, sondern stellen nur eine quantitative Erfassung der anerkannten Flüchtlinge als Obdachlose mit Fluchthintergrund dar.

Die Haushaltsstruktur in diesem Bereich gestaltet sich folgendermaßen:

Alleinstehende Männer	31	Alleinstehende Frauen	3
Paare ohne Kind	0	Paare mit Kind	20
Alleinerziehende mit Kind	10		

Aufgeteilt nach Geschlecht, ebenfalls inklusive der Kinder und Jugendlichen, leben 96 Personen männlichen und 78 Personen weiblichen Geschlechts in städtischen Unterkünften.

Bei der Verteilung der Altersstruktur ergibt sich folgendes Bild:

	Unter 18	18 bis unter 21	21 bis unter 25	25 bis unter 30	30 bis unter 50	50 bis unter 65	65 +
Anzahl	86	5	11	16	44	11	1

Die Verweildauer der anerkannten, aber weiterhin in städtischen Notunterkünften untergebrachten Flüchtlinge stellt sich folgendermaßen dar:

	Haushalte	Personen
Bis zu 3 Monaten	0	0
Über 3 und bis zu 6 Monaten	3	9
Über 6 Monate und bis zu 2 Jahren	16	56
Länger als 2 Jahre	45	109

Bei der Unterbringung von (anerkannten) Flüchtlingen ist außerdem die Größe der Familienverbände zu beachten. Während im Bereich Obdach bereits die Unterbringung von 4-Personen-Haushalten eher die Ausnahme darstellt, ist die Unterbringung größerer Familienverbände im Bereich der Versorgung von (anerkannten) Flüchtlingen als Obdachlose mit Fluchthintergrund zum Zeitpunkt der Berichtserstellung keine Besonderheit:

	2- Personen	3- Personen	4- Personen	5- Personen	6- Personen	7- Personen	9- Personen
Haus- halte	3	5	4	9	7	1	1

Zudem bestehen die Familienverbände aus wesentlich mehr Menschen unter 18 Jahren (Kinder und Jugendliche). Macht diese Personengruppe im Bereich Obdach zum Stichtag 28 Januar 2021 lediglich 12,72 Prozent aus, umfasst sie im Bereich der anerkannten Flüchtlinge 49,42 Prozent.

Räumungsklagen und Zwangsräumungen

Im Sachgebiet Wohnungswesen des Sozial- und Wohnungsamtes gehen die Meldungen auf Einleitung einer Räumungsklage wegen Mietschulden des Amtsgerichts Siegburg sowie die Mitteilungen auf Zwangsvollstreckung der für das Stadtgebiet Troisdorf zuständigen Gerichtsvollzieher*innen ein. Folgend ein Überblick von 2016 bis zum 31. Dezember 2020:

	2016	2017	2018	2019	2020
Eingegangene Räumungsklagen	58	47	56	73	46
Eingegangene Zwangsvollstreckungen	32	34	36	45	43
Durchgeführte Räumungen	17 *	26	26	32	31

(* = Für 2016 wurden nur die Räumungen gezählt, bei denen ein städtischer Mitarbeiter anwesend war, die Zahl der durchgeführten Räumungen könnte höher sein.)

Die Bearbeitung der Zwangsräumungen ist im Sachgebiet Wohnungswesen verortet. Im Vorfeld der Räumung wird versucht Kontakt zu den Betroffenen herzustellen. Da die Wohnungssicherung nach Festsetzung eines Zwangsräumungstermins die absolute Ausnahme darstellt, steht eher die Klärung der weiteren Perspektive und Erörterung alternativer Unterbringungsmöglichkeiten mit dem Betroffenen an.

Mehrheitlich kann im Vorfeld jedoch kein Kontakt zu den Betroffenen hergestellt werden, selbst beim Räumungstermin sind diese häufig nicht anwesend - im Jahr 2020 waren bei 14 Räumungen die Betroffenen nicht vor Ort. Als direkte Folge einer Räumung musste im Jahr 2020 1 Haushalt (alleinerziehende Mutter mit 2 Kindern) in eine städtische Unterkunft eingewiesen werden.

Obdachlosigkeit im Pandemie-Jahr

Nachdem die Bedrohung durch den Covid-19-Virus Anfang des Jahres 2020 noch als „gering“ eingeschätzt wurde, erfolgten am 12. März 2020 die ersten *Leitlinien zur Beschränkung sozialer Kontakte durch Bund und Länder*, welche am 22. März 2020 weiter verschärft wurden. Die Lebenssituation obdach- und wohnungsloser Menschen beeinflussten diese Maßnahmen natürlich und erschwerten die Bewältigung des ohnehin problematischen Tagesablaufs zusätzlich: Soziale Dienste stellten Angebote komplett ein oder schränkten sie mit Blick auf die umzusetzenden Maßnahmen zur Kontaktminimierung ein, vormals öffentliche Orte wurden geschlossen und waren nicht mehr nutzbar (weitergehende Links zu ausführlicheren Beschreibungen sind in den Quellen aufgeführt).

Aus Sicht des Sozial- und Wohnungsamtes hatte die Pandemie-Situation aber keine verhindernden Auswirkungen auf den organisatorischen Ablauf der Unterbringung nach dem *Ordnungsbehördengesetz (OBG)*, der Zugang zu dieser letztmöglichen Versorgungsoption im Falle unfreiwilliger Obdachlosigkeit bestand weiterhin. Aufgrund der verschiedenen Maßnahmen zur Kontaktreduzierung sank jedoch generell die Präsenz der Betreuung in den Unterkünften. Die eingeleiteten Maßnahmen zur Kontaktreduzierung führten dazu, dass der ehemals direkte Face-to-Face-Kontakt zu den unterstützungssuchenden Menschen auf ein Mindestmaß reduziert und Beratungsanfragen mehrheitlich telefonisch erfüllt wurden.

Der SKM hielt seine Angebote und Fachdienste mit Einschränkungen weiterhin aufrecht, so dass das etablierte Notversorgungssystem in den Bereichen Beratung von Wohnungsnotfällen und Erstversorgung in der Notschlafstelle nahezu reibungslos weiterlief.

Am 27. März 2020 wurde das *Gesetz zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht* beschlossen. Den Bereich Wohnen betraf das Gesetz dahingehend, dass Mieter von Wohn- und Gewerbeimmobilien zwischen 1. April und 30. Juni 2020 nicht wegen Mietschulden gekündigt werden durften, wenn die Rückstände auf eine Veränderung der Lebensumstände aufgrund der Covid-19-Pandemie (wie zum Beispiel Einnahmeausfälle, Arbeitslosigkeit) zurückgeführt werden konnten. Außerdem griff ein Zahlungsaufschub bei fortlaufenden Leistungen, der zum Beispiel vor Kündigung der Stromversorgung schützte.

Im Zuge der Kontaktbeschränkungen wurden Räumungsklagen von den zuständigen Gerichtsvollziehern in 2020 für einen kurzen Zeitraum nicht mehr terminiert, beziehungsweise verschoben. Die letzte Räumung vor dem ersten „Lockdown“ fand am 20. März statt. Bereits am 3. Juni wurden in Troisdorf Wohnungsräumungen jedoch wieder durchgesetzt. Eine Aussetzung von Räumungen nach den am 28. Oktober beschlossenen Maßnahmen - die in den Folgemonaten weiterhin ausgeweitet wurden, so dass von einem zweiten „Lockdown“ gesprochen werden kann - erfolgte nicht. Ebenso wenig fanden die Möglichkeiten des *Gesetzes zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht* erneute Anwendung.

Ob und welche langfristigen Auswirkungen diese bald einjährige „Ausnahme-Situation“ auf die Bereiche Wohnen und Unterbringung von obdachlosen Menschen haben wird, lässt sich noch nicht abschätzen. Die erwartete und befürchtete Häufung von Wohnungsverlusten und die damit einhergehende Steigerung von Obdachlosigkeit trat bislang nicht als sichtbare Folge ein. Es ist jedoch denkbar, dass viele (Wohnungs-) Notfälle derzeit „ruhen“ und Probleme sowie Schwierigkeiten mit Vermietern, Sozialleistungsträgern oder anderen Behörden gehäuft auftauchen, sobald wieder mehr „Normalität“ im Regelbetrieb gegeben ist.

Quellen zu: Obdachlosigkeit im Pandemie-Jahr

Das Corona-Virus und Obdachlosigkeit

- Deutschlandfunk: https://www.deutschlandfunk.de/kaelte-und-corona-obdachlos-im-pandemie-winter.724.de.html?dram:article_id=490563
- Tagesschau.de: <https://www.tagesschau.de/inland/coronavirus-obdachlose-109.html>
- Zdf.de: <https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/corona-obdachlose-winter-100.html>

Gesetz zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht

- https://www.bmfv.de/SharedDocs/Gesetzgebungsverfahren/DE/FH_AbmilderungFolgenCovid-19.html
- https://www.bmfv.de/SharedDocs/Artikel/DE/2020/032320_Corona_FH

Bundesregierung

- <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/coronavirus/besprechung-der-bundeskanzlerin-mit-den-regierungschefinnen-und-regierungschefs-der-laender-vom-22-03-2020-1733248>
- <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/videokonferenz-der-bundeskanzlerin-mit-den-regierungschefinnen-und-regierungschefs-der-laender-am-28-oktober-2020-1805248>

Als Anlagen 1 – 3 beigefügt sind die jeweiligen Jahresberichte 2020 des Katholischen Vereins für soziale Dienste im Rhein-Sieg-Kreis (SKM) über die Fachstelle Wohnungsnotfallhilfe, des Fachdienstes Keine Kinder im Obdach und zur Betreuung und Beratung in der Unterkunft Godesberger Str. 3 - 5.

Alexander Biber
Bürgermeister